

ausgerechnet für den Religionsunterricht eine zu enge Konzeption von Glaubensvermittlung und Glaubensinhalt zu propagieren, die letztlich nicht einmal für die Katechese im engeren Sinn bestimmend sein kann, will die Kirche nicht auf die Selbstvergewisserung des Glaubens in einer pluralen und säkularisierten Gesellschaft verzichten. Von daher sind „Defizite“ gerade im Religionsunterricht wohl unvermeidlich und Minimalerwartungen hinsichtlich seines meßbaren Erfolgs anzuraten.

Die Deutsche Bischofskonferenz wird ihren Studientag bei der Frühjahrsvollversammlung Anfang dieses Monats dem Problem der Glaubensvermittlung in Familie, Schule und Gemeinde widmen. Über die Dringlichkeit und Bedeutung dieses Themas braucht es keine Diskussion. Es wäre zu wünschen, daß daraus gerade für den Religionsunterricht Impulse erwachsen, die ihn nicht unnötig einengen, sondern ihn zu seiner unverzichtbaren Aufgabe ermuntern.

U. R.

## Ökumene in Deutschland: zwischen Irritation und Initiative

Anfang Februar wurde von der Deutschen Bischofskonferenz und der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland bekanntgegeben, daß die Ökumenische Kommission berufen worden sei, die beim Besuch Papst Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik zwischen beiden Kirchen vereinbart worden war. Die berufenen Mitglieder sind durchwegs hohe kirchliche Amtsträger, die zugleich wissenschaftlich ausgewiesen und im ökumenischen Gespräch erfahren sind. Für die katholische Kirche gehören der Kommission die Kardinäle von Mainz und München, Hermann Volk und Joseph Ratzinger, die Bischöfe von Speyer und Würzburg, Friedrich Wetter und Paul-Werner Scheele, sowie der im Vatikanischen Einheitssekretariat beschäftigte Paderborner Prälat Aloys Klein an. Die evangelische Kirche ist durch den EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Eduard Lohse, die Bischöfe Hans-Heinrich Harms (Oldenburg), Gerhard Heintze (Braunschweig) und Martin Kruse (Berlin) sowie – als Repräsentant des „Reformierten Bundes“ – Moderator Helmut Esser (Münster) vertreten.

Wie es hieß, soll die Kommission die zwischen den Kirchen offenen theologischen Grundfragen in einem „geduligen und in die Zukunft weisenden Dialog“ (so die in ihrer geradezu virtuoseren Ausgewogenheit für die amtliche Ökumene typische offizielle Formulierung) erörtern, aber auch

praktische Fragen, wie ökumenische Gottesdienste, gemeinsame Seelsorge bei konfessionsverschiedenen Ehen und die gegenseitige Einladung zum Abendmahl, diskutieren. Theologische und amtliche Kompetenz der Kommissionsmitglieder lassen erwarten, daß man nicht beim Austausch von freundlichen Unverbindlichkeiten stehen bleibt. Es ist nur zu wünschen, daß die Kommission nicht der für derartige Gespräche auf höchster Ebene nahezu konstitutiven Versuchung erliegt, mit immer subtileren Distinktionen die schon bestehenden Gemeinsamkeiten und das noch Trennende zu beschreiben und dabei praktisch auf der Stelle zu treten.

Die Kommission hätte dann ihr Ziel erreicht, wenn sie nicht durch diplomatische Kommunikés den Eindruck erweckt, die Ökumene werde nur noch von oben verwaltet, sondern wenn sie Impulse vermittelt, durch die ein erneutes Wachstum ökumenischer Gesinnung von unten angeregt wird. Denn zweifellos gibt es Anzeichen dafür, daß derzeit in beiden großen Kirchen tiefverwurzelte Gefühle bzw. Ressentiments verstärkt wiederaufleben, die mehr das konfessionelle Eigenerbe als die Einheit der Kirchen im Sinn haben. So war die Darstellung der Reformation aus der Feder Remigius Bäumers in der von der Bischofskonferenz vertriebenen „Kleinen deutschen Kirchengeschichte“ sicher nicht allein ein Ausrutscher, sondern

auch Ausdruck noch vorhandener „antiprotestantischer“ Vorbehalte unter Katholiken. Die eindrucksvollen ökumenischen Gesten des Papstes stellten zum Glück die Signale in die entgegengesetzte Richtung. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß auch im evangelischen Raum wieder öfter ein Zungenschlag zu vernehmen ist, der an längst vergangen geglaubte Zeiten erinnert.

Beispiele dafür gibt es sowohl aus dem „kirchenamtlichen“ Bereich wie aus dem Milieu der Meinungsmacher in den evangelischen Medien. Für die erste Kategorie kann etwa die Äußerung des in seiner Diktion gewöhnlich sehr behutsamen, ökumenisch außerordentlich aufgeschlossenen und verdienten Braunschweiger Landesbischofs Heintze stehen, das Papsttum sei ihm nach der Zusammenkunft in Mainz fragwürdiger als vorher. Während in den letzten Jahren immer mehr gefragt wurde, wie das Papsttum gestaltet werden müsse, um als das für die Christenheit notwendige universale Amt der Einheit von allen Kirchen akzeptiert werden zu können, äußerte sich Heintze jetzt in einer Form, die man wohl eher als grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Amt des Papstes verstehen muß. Er sei – so Heintze – nach der Begegnung mit dem Papst überzeugt, „daß dieses Modell nicht das einzige ist, das uns von der Bibel her angeboten wird“ (Evangelische Information 4/1981).

Wesentlich kräftigere Akzente setzte Rüdiger Bieber vom Bensheimer Konfessionskundlichen Institut in der Februar-Ausgabe des „Deutschen Pfarerberblattes“, also im Grenzgebiet zwischen kirchenamtlichem und publizistischem Bereich. Er berichtet dort über das europäische Jugendtreffen der Gemeinschaft von Taizé in Rom und kommentiert die in der Tat recht „primatale“ Ansprache des Papstes: Johannes Paul II. habe der Sehnsucht der Jugend „glashart“ die „Art der römisch-katholischen Kirche“ entgegengesetzt. „Die Jugendlichen von Taizé... wissen spätestens ab jetzt um die Realität, auf die ihr Versöhnungsappell stößt. Aus der Perspektive Roms mögen sie ‚ihre Art‘ der Versöh-

nung der Christen üben, eine Art Sandkastenversöhnung aus jugendlichem Überschwang. Die Kompetenz jedoch liegt beim ‚Petrus‘, sprich Johannes Paul II.“

Für die zweite Kategorie hat Pastor Heinrich Albertz, bekanntlich ein im Medienbereich recht einflußreicher Protestant, ein besonders schnörkelloses Exempel geliefert. Er beantwortete in einem Artikel der Zeitschrift „Radius“ die Frage: „Ist der Protestantismus noch eine Kraft?“ Dabei verband er vehemente Kritik an der eigenen Kirche mit der These, die konfessionelle Verschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg „habe die Schwierigkeit evangelischen Redens und Handelns verstärkt“. Die geistige und politische Realität beweise, „daß wir im Grunde in einem katholischen – oder zumindest in einem katholisierten – Land leben, in dem die Evangelischen und ihre Kirchen und Gemeinden häufig nur als Trittbrettfahrer der römischen Amtskirche auftreten“. Als Beispiel für die „Abhängigkeiten und Verwischungen“ zwischen den Kirchen führt Albertz die gemeinsame Grundwerte-Erklärung an und beklagt in diesem Zusammenhang die „absurden innerevangelischen Konfessionsgrenzen“ angesichts des starken Gegenübers: „die katholische Kirche als einheitlicher Block, als durch einen Nuntius vertretene auswärtige Macht und mit diesem Papst an der Spitze“.

Die Schwierigkeit protestantischer Existenz heute damit – wenn auch nicht allein damit – zu begründen, daß die katholische Kirche zu stark ist, das ist ein seit langem nicht gehörtes Argument. Natürlich ist Pastor Albertz nicht repräsentativ für den deutschen Protestantismus, aber als *symptomatisch für eine nicht unbedeutende protestantische Strömung* darf seine Position gleichwohl gelten. Es ist eine Strömung, die mit einem geradezu schwärmerischen Impetus in einer Mischung aus kirchen- und gesellschaftskritischer Option das protestantische Prinzip in „Reinkultur“ aktualisieren will. Es gelte – so Albertz –, konsequent daran festzuhalten, „daß das Evangelium jeden von uns so frei macht, daß er keinen Mittler zwischen

Gott und den Menschen mehr braucht – keinen Papst, kein öffentliches Lehramt, keine politische oder ökumenische Grundwahrheit, auch keine freiheitlich-demokratische Grundordnung, sondern nur die Bindung an diesen einen Jesus Christus“. Sosehr eine solche Position als kritisches Korrektiv gegen kirchliche und gesellschaftliche Versteinerungen ihr Recht hat, so sehr widerspricht ihr im Grunde weltloses Freiheitspathos dem, was nicht nur die katholische Kirche, sondern auch sehr viele protestantische Christen und Theologen unter kirchlicher Verantwortung verstehen. Albertz würde die letzteren wohl einfach für „katholisiert“ halten (wenngleich er andererseits konzediert, konsequente Protestanten in seinem Sinn „mögen sogar katholisch sein“). Charakteristisch ist jedenfalls, daß er bei der kritischen Apostrophierung Bayerns als der Region, „in der es weder eine Reformation noch eine Gegenreformation gegeben hat“, vollständig übersieht, daß es in Bayern eine der traditions- und einflußreichsten lutherischen Landeskirchen gibt. Vielleicht hatte der ehemalige Spitzenpolitiker der SPD bei seiner Charakterisierung aber weniger die Kirchen in Bayern als die Mehrheitsverhältnisse im Bayerischen Landtag im Kopf. Dies

wäre wiederum typisch für die in seiner Stellungnahme generell zum Ausdruck kommende Vermischung konfessioneller und politischer Vorurteile. Sie ist – nicht ohne Zutun von katholischer Seite – heute wieder recht gängig. Die Gleichungen katholisch = konservativ = Unionsparteien und evangelisch = linksliberal = Koalitionsparteien haben viele Verfechter, gewiß nicht zum Nutzen beider Kirchen, aber auch nicht der betroffenen Parteien und schon gar nicht zum Nutzen der Ökumene.

Daß konfessionelle Differenzen bis in die „Niederungen der Politik“, ja der Parteipolitik reichen und umgekehrt politische Vorlieben konfessionelle Abneigungen fördern können, das wieder einmal bewußt gemacht zu haben ist das Verdienst der Äußerungen von Albertz. Wem am weiteren Aufeinanderzugehen der Kirchen gelegen ist, der wird die Arbeit an derartigen Bewußtseinskomplexen über den – natürlich zentraleren – theologischen und pastoralen Anstrengungen nicht vergessen dürfen. Im übrigen sollten alle Verantwortlichen die alte ökumenische Erfahrung ernst nehmen, daß das „Klima“ fast so wichtig ist wie der theologische Konsens.

H. G. K.

## DDR: keine neuen Signale

Die Begegnung zwischen dem Vorsitzenden der „Berliner Bischofskonferenz“, Bischof Gerhard Schaffran, und SED-Chef Erich Honecker, die am 15. Januar am Ostberliner Amtssitz des Staatsratsvorsitzenden stattfand, setzte den seit langem ersten sichtbaren kirchenpolitischen Akzent in dem wenig transparenten Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche in der DDR. Beobachter haben nicht grundlos an das Ereignis die Frage geknüpft, ob es den Staat-Kirche-Beziehungen eine neue Qualität verleihe, mindestens aber eine Akzentverschiebung gegenüber der Ära Bengsch darstelle. In seiner 18jährigen Amtszeit ist der im Dezember 1979 verstorbene Bischof von Berlin und

Vorsitzende der Bischofskonferenz (ehemals „Berliner Ordinarienkonferenz“), Kardinal Alfred Bengsch, nicht ein einziges Mal vom Vorsitzenden des Staatsrats empfangen worden, weder von Honecker noch von dessen Vorgänger Ulbricht.

Allerdings traf Bengsch kurz nach seinem Amtsantritt 1961 mit dem damaligen Ministerpräsidenten Stoph zusammen, eine Begegnung, die seinerzeit als „Antrittsbesuch“ qualifiziert wurde. Die gleiche Bezeichnung fand sich denn auch in dem knappen Kommuniqué wieder, das im Anschluß an das Treffen Schaffran – Honecker über ADN veröffentlicht wurde. Es ist darin von einem „freimütigen Meinungsaustausch“ die Rede, in dessen